

Bettina Kiener

2022 stiegen die Richtpreise beim Brotweizen erstmals nach mehreren Jahren um wenige Franken an. Beim Weizen der Klasse Top von 52 auf 58.50 Fr. pro 100 Kilo. Damals drohten industrielle Bäckereien, mehr Fertigprodukte zu importieren, falls der Schweizer Mehlpriest zu stark ansteige. Der Blick in die Importstatistik zeigt, dass es keine leeren Drohungen waren.

Der Schweizer Bauernverband (SBV) hat bei Mathias Binswanger, er ist Professor an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), eine Studie zum Schweizer Grenzschatz in Auftrag gegeben. Das System, das in den 1990er-Jahren eingeführt wurde, soll die Schweizer Landwirtschaft vor dem Weltmarkt schützen und zu einer wettbewerbsfähigen inländischen Lebensmittelproduktion beitragen.

Laut der Studie haben die Importe von verarbeiteten und teilverarbeiteten Getreideprodukten zwischen 2002 und 2023 um 262 Prozent auf 293'000 Tonnen zugenommen. Über die Hälfte dieser Menge entfällt auf Fertigbackwaren. Das könnten zum Beispiel Buttercroissants aus Frankreich, Toastbrot aus Österreich oder Apfelentaschen aus den Niederlanden sein. Zu den verarbeiteten und teilverarbeiteten Getreideprodukten gehören weiter Teigwaren, die knapp einen Viertel der oben genannten Menge ausmachen. Daneben hat auch die Einfuhr der sogenannten Teiglinge, das sind zum Beispiel Frischbackgipfeli, mit gut 7 Prozent einen beachtlichen Anteil am Importkuchen der verarbeiteten und teilverarbeiteten Getreideprodukte.

Convenience ist im Trend, und die Nachfrage nach industriell vorgefertigten Zubereitungen in Haushalten und Lebensmittelindustrie steigt. Ob die Produkte von hier oder ennet der Grenze kommen, scheint für die Schweizerinnen und Schweizer zweitrangig.

Höherer Zollschatz bei den Rohstoffen

Begünstigt wird der Import von Teiglingen und Fertigbackwaren durch das System. Laut der Studie macht der Grenzschatz bei Brotgetreide aus der EU 67 Prozent des Importpreises aus, bei



Die Einfuhr sogenannter Teiglinge wie Frischbackgipfeli nimmt zu. BILD: PIXABAY

Ein unfairer Wettbewerb

Aussenhandel Buttercroissants aus Frankreich oder Toastbrot aus Österreich: Der Import verarbeiteter Getreideprodukte steigt. Das schadet der Landwirtschaft und dem Gewerbe.

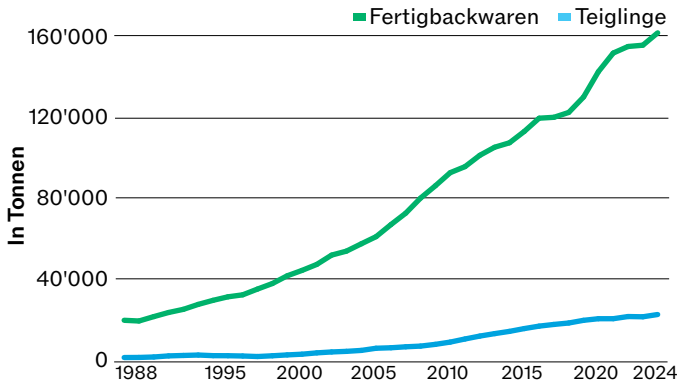
Mehl knapp 60 Prozent, bei den Teiglingen sinkt der Anteil auf 44 Prozent und bei den vorgebackenen Backwaren gar auf 11 Prozent. Der Grund dafür ist, dass die Zölle nur auf Rohstoffe wie Mehl, Eier, Butter oder Zucker erhoben werden, nicht aber auf Arbeit, Maschinen oder Energie.

Je höher der Verarbeitungsgrad eines Produkts, desto geringer also der Grenzschatz. Dementsprechend muss das Schweizer Gewerbe mit den günstigen Importen konkurrieren. Das ist schwierig, und etliche kleine Bäckereien sind in den letzten Jahren eingegangen. Hatte der Schweizerische Bäcker-Confiseurmeister-Verband (SBC) vor einem Vierteljahrhundert über 2500 Mitglieder, waren es 2025 noch 1200. SBC-Direktor Urs Wellauer sagt auf Anfrage: «Der Marktanteil der gewerblichen Bäckereien und Confisereien

beim Brot ist in den letzten beiden Jahrzehnten von 50 auf gut 25 Prozent gesunken.» Dieser Rückgang sei den gesellschaftlichen Veränderungen geschuldet und nicht nur beim Brot feststellbar, ergänzt er. «Unsere Bäckereien-Confisereien heben sich

durch Qualität bei den Rohstoffen, der Verarbeitung und dem Verkauf ab.» Schlussendlich würden die Konsumentinnen und Konsumenten entscheiden, ob sie einheimisches Handwerk unterstützen wollten oder nicht», so Wellauer.

Die Importe von verarbeitetem Weizen steigen



QUELLE: BAZG; GRAFIK: M.MULLIS/SCHWEIZER BAUER

«30 bis 40 Rp./kg fürs Nichtliefern von Milch»

Milchmarkt Martin Hübscher, Präsident der Milchbauernorganisation Mooh, ist überzeugt, dass die Schweizer Milchwirtschaft sich für künftige Milchüberschüsse wappnen muss.

Die Milchbauernorganisation Mooh ist vom aktuellen Milchüberschuss am stärksten betroffen, da in Zeiten hohen Milchaufkommens und sinkender Nachfrage für Milchprodukte die Molkereien und Käsereien tendenziell von ihr weniger einkaufen, während gleichzeitig bei gutem Futter auch die Mooh-Lieferanten mehr Milch abliefern. «Wir haben schon im August erste Massnahmen getroffen, um Anreize für eine Reduktion der Einlieferungen zu schaffen. Inzwischen haben wir sehr starke Anreize zur Mengeneinschränkung», sagt Mooh-Präsident und SVP-Nationalrat Martin Hübscher.

Mooh zahlt Bonus für Mengenreduktion

Der C-Milchpreis der Mooh beträgt ab 1. Februar 20 Rp./kg. Der C-Anteil im Basismodell wird ab



Martin Hübscher ist Präsident der Mooh. BILD: ZVG

Februar vorübergehend auf 17% erhöht. Wer im Planungsmodell ist, wo man sich auf eine monatlich gleichbleibende Milchmenge festlegt, und mit einem Zuschlag belohnt wird, wenn man im Som-

mer mehr bringt, und mit einem Abzug bestraft wird, wenn man im Winter und im Frühling mehr bringt und jetzt im Februar mehr als diese Menge liefert, erhält für die Überlieferungsmilch nur 20 Rp./kg. Gleichzeitig hat die Mooh einen weiteren Anreiz beschlossen, wie Hübscher ausführt. «Um auch Betrieben im Basismodell einen direkten Anreiz zu geben, die Mengen zu drosseln, erhalten diese von Februar bis Mai einen Bonus auf die ganze Milchmenge, wenn sie ihre Menge deutlich reduzieren. Der Bonus beträgt 2 Rp./kg bei Einlieferungen unter 95% der Vorjahresmonatsmenge und 4 Rp./kg bei Einlieferungen unter 90% der Vorjahresmonatsmenge.»

Damit könnten Betriebe im Basismodell den Abzug für C-Milch mit einer Mengenreduktion zu einem grossen Teil kompensieren. Kurzfristig müsse

man hoffen, dass mit diesen drastischen Massnahmen bei der Mooh und mit der Empfehlung der Branchenorganisation Milch, bei einer Überlieferung um 105% der Vorjahresmonatsmenge einen Preis deutlich unter 23,6 Rp./kg anzusetzen, die Mengen in den nächsten Wochen markant zurückgingen, so Hübscher.

Entschädigung für freiwilligen Lieferverzicht

Längerfristig braucht es aber laut Hübscher ein nationales Anreizsystem, um in Zeiten eines temporären Milchüberschusses rasch eine Mengenreduktion zu erwirken. Ein Landwirtschaftsbetrieb reagiere auf preisliche Anreize. «Ein Aufruf zur Mengendrosselung hat wenig Wirkung, wenn die Betriebe keinen preislichen Anreiz haben. Es gilt die betriebswirtschaftliche Logik, die bekanntlich auch dazu

Die Studie von Binswanger kommt zum Schluss, dass die jetzige Zollstruktur Importe verarbeiteter Produkte faktisch attraktiver mache als die Nutzung inländischer Rohstoffe. «Trotz ausreichender Inlandproduktion müssen qualitativ einwandfreie Schweizer Weizenbestände teilweise deklassiert werden, weil die Nachfrage nach inländischem Mehl sinkt», heisst es.

Mögliche Verbesserungsvorschläge

In der Studie werden drei Massnahmen vorgeschlagen, wie die Fehler im Grenzschatz behoben werden könnten. Erstens mit einer Anpassung des Referenzpreises für Brotweizen von aktuell 53 Fr. je 100 Kilo auf 60 Fr., zweitens mit der Reduktion des EU-Rabatts für bewegliche Teilbeträge, der Importe begünstigt. Und drittens mit einer Verschärfung der Pflicht zur Herkunftsdeklaration. So gilt seit zwei Jahren auch für Brot und Backwaren im Offenverkauf eine Pflicht zur Deklaration des Herkunftslandes. Woher die Rohstoffe kommen, muss aber nicht zwingend angegeben werden.

Noch weiter geht eine Motion der Nationalrätin Katja Riem (SVP, BE), die die Aufhebung der zolltariflichen Begünstigung für Backwaren und Teiglinge aus der EU fordert. Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung mit der Begründung, dass eine Änderung eine Neuverhandlung des Freihandelsabkommens mit der EU nötig machen würde.

Das fordert der Bauernverband

Der Bauernverband, der die Studie zusammen mit den Schweizer Milchproduzenten, dem Schweizer Obstverband und dem Schweizer Getreideproduzentenverband in Auftrag gegeben hat, schreibt in der Medienmitteilung zur Studie: «Angesichts des wachsenden Importdrucks durch Freihandelsabkommen mit Konzessionen im Agrarbereich ist es umso dringlicher, bestehende Handlungsspielräume spätestens im Rahmen der AP30+ zu nutzen und das zentrale Instrument des Grenzschatzes durch die in der Studie aufgezeigten Massnahmen gezielt zu stärken.»

Steigende Bio-Mischfutterpreise

Bio Suisse zieht Bilanz der Biofuttergetreide-Ernte 2025. Der Verband teilt mit, dass es ein ausserordentlich gutes Jahr gewesen sei. Die Erträge hätten gegenüber dem Vorjahr um 52 Prozent zugenommen, wobei insbesondere Körnermais in sehr hohen Mengen geerntet worden sei.

Die Maisernte erreichte mit 21'400 Tonnen einen Rekordwert und entspreche einer Steigerung von 45 Prozent gegenüber 2024. Diese Menge übersteige den Jahresbedarf der Mischfutterbranche um mehr als 10 Prozent, wodurch sich der Inlandanteil für die Fütterung von Nichtwiederkäuern fast einer Vollversorgung angenähert habe.

Um Preisanstiege zu minimieren und die Auswirkungen auf die Tierhalter zu begrenzen, habe sich die Biobranche darauf geeinigt, die überschüssigen Mengen an Körnermais in die nächste Saison zu übertragen. Der Inlandanteil für 2025 werde auf 86 Prozent festgelegt.

Weiter erklärte Bio Suisse, dass die lizenzierten Mischfutterhersteller verpflichtet seien, diesen Anteil einzuhalten, und Importware nur ergänzend einsetzen dürften. Die Mischfutterhersteller hätten aufgrund des höheren Anteils von Schweizer Getreide Preiserhöhungen angekündigt. Die Lagerung der Überschussmengen stelle die Branche vor zusätzliche Herausforderungen.

Bio Suisse rät den Produzenten, den Anbau von Körnermais im Jahr 2026 zurückhaltend zu planen. Stattdessen empfiehlt der Verband, auf Körnerleguminosen wie Soja umzusteigen, da diese als Futtermittel besonders gefragt seien. Es werde bereits über mögliche Vermarktungseinschränkungen für Umstellmais sowie über einen Rückbehalt von bis zu zwölf Franken pro Dezitonne für Knospe-Körnermais diskutiert, der gegebenenfalls zur Finanzierung der Deklassierung von Überschussmengen dienen könne.

Die endgültigen Massnahmen sollten vor der Aussaat oder spätestens anlässlich der Richtpreiserunde im Mai festgelegt werden. the

Nachricht

Agridea erhält eine Million mehr als 2025

Nach jahrelangen Kürzungen erhält Agridea künftig wieder mehr Bundesmittel für die landwirtschaftliche Beratung. Das Parlament hat beschlossen, den jährlichen Beitrag auf 9,236 Millionen Franken zu erhöhen. Damit werden frühere Einsparungen teilweise kompensiert. Die Aufstockung um rund 1,2 Millionen Franken bleibt jedoch unter den ursprünglich geforderten 10 Millionen Franken. Zusätzliche Mittel für neue Aufgaben wie Klimaschutz, Digitalisierung oder die Umsetzung der Agrarpolitik 2030 sind daher nur begrenzt möglich. Agridea-Direktor Lukas Kilcher spricht dennoch von einer «substanziellen Verbesserung», um dem wachsenden Wissensbedarf von Landwirtschaft, Bund und Kantonen gerecht zu werden. Insbesondere im Hinblick auf die Agrarpolitik 2030+ werde der Beratungsbedarf steigen, da den Betrieben mehr unternehmerische Eigenverantwortung übertragen werden solle. the